



DIE ZEIT



PREIS DEUTSCHLAND 4,20 € WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR

16. August 2012 DIE ZEIT N° 34



HOMOSEXUALITÄT

»Wir sind auch eine Familie«

Lesben und Schwule sollten Kinder adoptieren und vom Ehegattensplitting profitieren können: Ein persönliches Plädoyer der ZEIT-Autorin Carolin Emcke POLITIK SEITE 2/3

Tiefenfoto: Julia und Nadja mit ihrer Tochter. Foto: Sava, fotografiert von Inna Ruppert für DIE ZEIT am 13.08.2012 in Hamburg

UMSTRITTENES DEUTSCHLAND

Wie wir euch sehen

Ist Deutschland wieder das Feindbild des Kontinents? Wir haben Schriftsteller aus den Euro-Ländern befragt: U. a. Roberto Saviano und Bernard-Henri Lévy
Feuilleton Seite 41/42

Ein Steuerflüchtling wehrt sich



Wie ein Bad Homburger Bürger in der Schweiz kriminell wurde – und nun seine Bank dafür verantwortlich macht
Wirtschaft Seite 21

Deutschlands Stärke

Ein Boom für alle

Vielen Ländern ist es unheimlich, dass die Deutschen weiter so erfolgreich exportieren. Warum eigentlich? VON THOMAS FISCHERMANN

An einem Wochenende während der Olympischen Sommerspiele fanden kürzlich auch die Berliner Slowlympics statt. Das Sportevent auf dem Tempelhofer Feld ist als Protest gegen den Leistungswahn in der modernen Zeit gedacht, und deshalb zählen zu den Disziplinen: der 100-Meter-Rückwärtsprint, das Hinfallenlassen und ein Radrennen, bei dem der Langsamste gewinnt.

Es erinnerte schon sehr an die Slowlympics, als zum Wochenbeginn die jüngste internationale Ernennungswelle über die Wirtschaftsnation Deutschland hinwegrollte. Die deutschen Exporte werden 2012 wieder deutlich mehr als eine Billion Euro wert sein, heißt es in den neuesten Prognosen, und sie werden die Importe um etwa 170 Milliarden Euro übersteigen. Das ist der größte Handelsbilanzüberschuss der Welt. Und die Reaktion?

Organisationen wie der Internationale Währungsfonds beschwerten sich, dass Deutschlands Exporterfolge bloß zu neuen Ungleichgewichten und Spannungen in der Weltwirtschaft beitragen. Aus Brüssel kam die Meldung, dass Deutschland wohl bald mit einer »Ermahnung« der EU-Kommission rechnen müsse, denn es gefährde die Stabilität Europas. Bei der *Financial Times Deutschland* titelten sie sogar: *Deutschland gerät auf die schiefe Bahn.*

Die deutsche Art zu wirtschaften: Uneuropäisch und unmoralisch?

Die Deutschen, das ist wohl die Botschaft dahinter, hätten bei Slowlympics nichts verstanden. Sie jagten blindlings ihren Weltmarkterfolgen hinterher, auf Kosten krisengeplagter Nachbarn. Die deutsche Art zu wirtschaften sei uneuropäisch und wahrscheinlich sogar unmoralisch.

Bei oberflächlicher Betrachtung leuchtet das ja sogar ein. Im Welthandel ist der Überschuss des einen das Defizit eines anderen. Und während Deutschland am Weltmarkt Überschussrekorde einfährt, leben Länder wie Portugal oder Griechenland derzeit mit klaffenden Handelsdefiziten. Wer ständig mehr importiert als exportiert, muss auch immer weitere Schulden aufnehmen. Früher, als diese Länder noch eigene Währungen hatten, hätten sie solche Ungleichgewichte durch die Anpassung ihrer Wechselkurse beseitigt. Die gemeinsame Währung Euro aber verfestigt sie.

Also können die Deutschen durchaus etwas gegen die Krise tun, indem sie für einige Zeit ökonomische Slowlympics betreiben. Etwa weniger arbeiten, weniger herstellen und folglich auch weniger verkaufen – so wie die Franzosen, die gerade das Rentenalter herabgesetzt haben. Sie können auch die Löhne massiv erhöhen, was erst zu teureren Exporten führt und dann zu weniger Exporten. Sie können große Konjunkturprogramme auflegen, bei denen viel Geld für

Konsumartikel und Investitionsgüter ausgegeben wird, die teilweise aus dem Ausland kommen. All das würde den deutschen Handelsüberschuss verringern und den Nachbarn helfen.

Bei näherem Hinsehen sind diese Ideen aber gefährlich. Deutschland spezialisiert sich schon seit den fünfziger Jahren auf die Herstellung von Produkten, die in der Welt gefragt sind: allen voran Autos, Maschinen und chemische Erzeugnisse, aber auch Windräder und quadratische Schokoladentafeln, Armpfropfen und Anhängerradsen, Jachten und Dämmplatten, Bürosoftware und Tunnelbohrmaschinen. All das exportieren die Deutschen gar nicht vornehmlich in die Krisenländer des Südens. Die wichtigsten Exportziele sind Frankreich und die USA, und rasant wächst die Bedeutung neuer Wirtschaftsmächte wie China und Brasilien. China ist schon das Exportziel Nummer eins für deutsche Maschinenbauer und, gemessen an den Stückzahlen, der wichtigste Absatzmarkt für Autos.

Diese deutschen Exporterfolge sind höchstens teilweise durch innereuropäische Währungs- und Bilanzschieflagen zu erklären oder durch die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre. Sie sind zunächst einmal das Ergebnis guter Arbeit: zielorientierter Forschung, solider Ausbildung, konstruktiver Zusammenarbeit der Tarifpartner. Viele Firmen und ihre Verbände haben sich frühzeitig in den Zukunftsmärkten Asiens engagiert, Service- und Beratungsnetze wurden aufgebaut, Produkte erfolgreich angepasst. Da ist Know-how entstanden, das andere noch nicht haben.

Eine vernünftige Krisenstrategie im Rest Europas könnte also lauten, sich von den Deutschen etwas abzugucken. Oder beim deutschen Exportboom mitzumachen. Und siehe da, genau das findet statt. Deutschlands boomende Exportfirmen führen jetzt zunehmend Teile und Vorprodukte aus dem Rest Europas ein, Deutschlands Importe aus der Euro-Zone steigen. Kürzlich ging die Meldung um, dass Deutschland erstmals mehr spanische Autoteile eingeführt habe als spanische Oliven – und nichts gegen Oliven, aber: Das ist der richtige Weg.

Dass Deutschland wegen seiner Exporterfolge so gut durch die Krise gekommen ist, hilft den Nachbarn übrigens auch ganz direkt. Hierzulande geben, gerade in den erfolgreichen Exportsektoren, wieder die Löhne. Da entsteht also zusätzliche Kaufkraft, die teilweise für Importprodukte ausgegeben wird oder für Reisen in den Süden. Es ist also Unsinn, Deutschland vorzuwerfen, es betriebe Exportpolitik auf Kosten seiner Nachbarn, und zu fordern, es solle mal eine Runde aussetzen. Die Weltwirtschaft ist etwas anderes als die Slowlympics, sie ist kein Wettrennen um den letzten Platz – aber manchmal ein Teamport: Man kann mit den Deutschen gemeinsam exportieren und dabei gewinnen.

www.zeit.de/audio

Russlands Regime

Hört die Signale

Der Prozess gegen die Band Pussy Riot zeigt: Widerstand gegen Putin ist möglich. Es braucht nur laute Töne VON ALICE BOTA

Drei Punkmusikerinnen hat es also gebraucht, um zu sehen, was viele jahrelang übersehen wollten: dass aus Wladimir Putin nie ein Demokrat werden, sondern dass er ein Mann der Härte bleiben würde.

Sie, Mitglieder der feministischen Punkband Pussy Riot, haben krachend ihre Verachtung gegen Staat und Kirche herausgebrüllt und mussten ein Gerichtsverfahren über sich ergehen lassen, von dem eine der Frauen sagte: »Wie konnte unser Auftritt, eine kleine und etwas unsinnige Aktion, zu so einem Frevel werden?« Weil diese Frauen jung, hübsch und plakativ sind, ist ihr Auftritt nicht nur zu einem russischen Frevel, sondern zu einer globalen Sache geworden: Fast wie ein Produkt werden sie vermarktet, auf das Unterhaltungsindustrie und Medien anspringen. Madonna solidarisierte sich bei ihrem Konzert in St. Petersburg mit Pussy Riot, in Deutschland erklären Künstler von Peaches bis Udo Lindenberg ihre Unterstützung; die Gesichter der Frauen sind weltweit auf Titelblättern zu sehen, und jeder kann sich für knapp 15 Euro ein Pussy-Riot-T-Shirt im Internet bestellen.

In Putins Russland gibt es auch den Widerspruch. Nun ist er unüberhörbar

Man kann die enorme Aufmerksamkeit, die diesen Frauen entgegengebracht wird, für übertrieben halten – aber sie legt offen, dass sich insbesondere Deutschland jahrelang, bestimmt von eigenen Interessen und Gleichgültigkeit, bis hin zur Komplizenschaft auf ein System verlassen hat, das Stabilität verspricht, auch wenn diese Stabilität mittlerweile Polizeigewalt, Behördenwillkür und Korruption bedeutet; ein System, in dem Gegner systematisch unterdrückt wurden. Politische Querulanten berichteten noch vor wenigen Jahren von Zwangseinlieferungen in Psychiatrien, Dissidenten wurden getötet, aber ihre Mörder (meistens) nicht gefunden. In dem Konferenzraum der oppositionellen Zeitung *Nowaja Gazeta* hängen über dem Tisch schwarz gerahmte Porträtbilder. Erst war es eins, dann waren es zwei und irgendwann sechs. Sie zeigen Kollegen – Anwälte, Menschenrechtsaktivisten, Redakteure –, die ihre Arbeit verrichteten und dafür umgebracht wurden. Spätestens als die Journalistin Anna Politkowskaja, Mutter zweier Kinder, vor sechs Jahren getötet wurde und ihr Tod weltweit schockierte, hofften einige: So vergeblich kann ihr Tod nicht gewesen sein, als dass er durch die Aufmerksamkeit, die er erregte, nicht andere schützen würde. Das muss der Tiefpunkt gewesen sein, tiefer kann es nicht gehen.

Doch, es ging tiefer. Seitdem ließen drei weitere ihrer Kollegen ihr Leben, zwei von ihnen am helllichten Tag auf offener Straße in Moskau. Und erst vor wenigen Wochen wurde der stellvertretende Chefredakteur der *Gazeta* von Sicherheitsbehörden in einen Wald verschleppt.

Dort habe ihm der russische Chefermittler mit dem Tod gedroht. Wie sicher muss sich ein Beamter fühlen, um das zu tun?

Als nach der Wahl im März das zwölfte Jahr von Putins Herrschaft anbrach, war die Hoffnung groß, dass er diesmal einlenken würde. Tatsächlich gab er sich zunächst gesprächsbereiter, nachgiebiger. Und könnte ein frisch gewählter Machthaber ignorieren, dass Zigttausende über Monate bei klirrender Kälte auf die Straße gingen? Könnte er ignorieren, dass in anderen Teilen der Welt Herrschende stürzten, weil sie die Massen auf den Straßen missachteten?

Putin ignorierte all das nicht bloß, er verbot. Er hat in kürzester Zeit alle Gesetze verschärfen lassen, die für mehr Öffnung stehen könnten: Die Nichtregierungsorganisationen können ihre Arbeit kaum noch erledigen, ohne der Auslandsespionage verdächtigt zu werden; die Versammlungsfreiheit hat er massiv einschränken lassen, die Strafen für Verleumdung drastisch erhöht, Internetseiten sollen künftig gesperrt werden können; er ließ Demonstranten verhaften, Anklage gegen Blogger erheben und eben die Frauen von Pussy Riot in einem Gericht vorführen.

Doch die Kritik, die Putin nicht ertragen will, lässt sich nicht verhindern. Sein System war niemals eine lupenreine Demokratie – aber er herrscht auch nicht in einer lupenreinen Diktatur. In Putins Russland gab es immer auch den Widerspruch: Es gibt kaum Wettbewerb, aber Wahlen mit oppositionellen Parteien. Es gibt kaum Versammlungsfreiheit, aber dennoch Gegner, die auf die Straße gehen. Es gibt kaum freie Medien, aber Kritik, die lauter und lauter wird.

Seit über einem halben Jahr ist dieser Widerspruch ziemlich laut. Er wird anders als zuvor für alle – Medien wie Regierungen – sichtbar auf der Straße ausgetragen. Das ist neu. Die Hoffnung, dass ein System, das zugleich offen ist und repressiv, unterdrückerisch und pluralistisch, irgendwann von selbst freier sein werde, hat Putin zu zerschlagen versucht. Doch die Jungen, die jetzt auf die Straße gehen, lassen sie wieder aufleben. In diesen Tagen entstehen in Moskau spontane Demonstrationen und Solidaritätstreffen – der Prozess gegen Pussy Riot politisiert selbst jene, die den Auftritt dieser Frauen ziemlich albern fanden. Nun spüren sie, dass es um mehr geht als eine Punkband.

Diese Anti-Putin-Bewegung ist in der Minderheit, sie zieht ein urbanes, gebildetes, junges und sprunghaftes Publikum an, das sich womöglich bald wieder resigniert abwenden wird. Ganz verschwinden jedoch werden diese Aktivisten, Punkerinnen, Blogger und Demonstranten nicht – wenn sie denn wahrgenommen werden.

Die Hoffnung, die Russland derzeit hat, sind diese Leute. Der einzige Schutz, den diese Leute haben, ist ein Westen, der an mehr als nur an gute Geschäfte mit Russland glaubt.

www.zeit.de/audio

PROMINENT IGNORIERT



Ene, mene, muh

Steinmeier wird es, weil er die Partei hinter sich hat, Steinbrück, weil er bald groß aufdreht, Gabriel, weil er Chef ist. Steinmeier wird es nicht, weil ihm das Siegen fehlt, Steinbrück nicht, weil die Genossen ihn nicht wollen, Gabriel nicht, weil die Wähler ihn nicht mögen. Die Entscheidung fällt bald, in ein paar Monaten. Das ist der Stand in der K-Frage der SPD. Wir melden uns, wenn etwas Relevantes passiert. P.D.

Kleine Bilder (v.o.n.u.): Sipa/ddp; Interfoto; laif; Getty Images; Thomas/Thomas; ddp/d; Frederik Jurk für DZ; Breuel-Bild/dpa

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de; Zeilverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg; Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de

ABONNEMENTSERVICE: Tel. 0180 - 52 52 909*, Fax 0180 - 52 52 909*, E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz

PREISE IM AUSLAND: DKR 43,00/NOR 62,00/FIN 6,70/E 5,20/ Kanaren 5,40/E 5,20/NL 4,50/A 4,30/ CHF 7,30/S 2,00/GR 5,70/B 4,50/P 5,20/ L 4,50/HUF 1690,00

AUSGABE:

34

67. JAHRGANG
C 7451 C

